

Schriften zum Öffentlichen Recht

Band 563

Deutsche Staatsangehörigkeit im Bund und in den Ländern

Genese und Grundlagen der Staatsangehörigkeit
in deutschlandrechtlicher Perspektive

Von

Dr. Karl Thedieck



Duncker & Humblot · Berlin

KARL THEDIECK

**Deutsche Staatsangehörigkeit im Bund
und in den Ländern**

Schriften zum Öffentlichen Recht

Band 563

Deutsche Staatsangehörigkeit im Bund und in den Ländern

Genese und Grundlagen der Staatsangehörigkeit
in deutschlandrechtlicher Perspektive

Von
Dr. Karl Thedieck



Duncker & Humblot · Berlin

CIP-Titelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Thedieck, Karl:

Deutsche Staatsangehörigkeit im Bund und in den Ländern:
Genese und Grundlagen der Staatsangehörigkeit in
deutschlandrechtlicher Perspektive / von Karl Thedieck. —

Berlin: Duncker u. Humblot, 1989

(Schriften zum Öffentlichen Recht; Bd. 563)

Zagl.: Münster (Westfalen), Univ., Diss., 1988/89

ISBN 3-428-06678-2

NE: GT

D 6

Alle Rechte vorbehalten

© 1989 Duncker & Humblot GmbH, Berlin 41

Druck: Werner Hildebrand, Berlin 65

Printed in Germany

ISSN 0582-0200

ISBN 3-428-06678-2

Vorwort

Die Untersuchung hat im Wintersemester 1988/89 dem Fachbereich Rechtswissenschaft der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster/Westf. als Dissertation vorgelegen. Rechtsprechung und Literatur konnten im allgemeinen bis August 1988 berücksichtigt werden.

Für die Betreuung dieser Arbeit bin ich Herrn Professor Dr. Dr. W. Krawietz und Herrn Privatdozent Dr. D. Wyduckel zu besonderem Dank verpflichtet. Beide haben mich über Jahre hinweg in Seminaren und Lehrveranstaltungen mit den besonderen Problemen der deutschen Staatsangehörigkeit vertraut gemacht. Dank schulde ich ferner den Herren Dietrich Gohde, Dr. Gerd Bülter, Bernd Wilken und Harm Uwe Weber für die zahlreichen Aufmunterungen und Anregungen. Danken möchte ich weiterhin der Dr. Jost Henkel-Stiftung für die Gewährung eines Stipendiums.

Nicht zuletzt gebührt meiner Frau Elisabeth ganz besonderer Dank. Ohne ihre Unterstützung und ihr Verständnis wäre diese Arbeit nicht zustandegekommen.

Osnabrück, im Januar 1989

Karl Thedieck

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	17
-------------------	----

Erster Teil

Begriffliche und strukturelle Grundlagen der Staatsangehörigkeit

§ 1 Das Verhältnis von Staat, Staatsvolk und Staatsangehörigkeit	19
1. Staatsangehörigkeit und Staat	19
2. Staat und Staatsangehörige	20
§ 2 Der rechtliche Gehalt der Staatsangehörigkeit	22
1. Die Rechtsnatur der Staatsangehörigkeit	22
2. Der Rechtsinhalt der Staatsangehörigkeit	23
3. Staatsangehörigkeit und Staatsangehörigkeitsgesetz	26
4. Die völkerrechtliche Einbindung der Staatsangehörigkeit	27
a) Unmittelbare Rechtsfolgen der Staatsangehörigkeit	27
b) Völkerrechtliche Anforderungen an die Gewährung der Staatsangehörigkeit	28
Zusammenfassung der Ergebnisse des ersten Teils	30

Zweiter Teil

Bundes- und Landesangehörigkeit in ihrer geschichtlichen Entwicklung bis zur Gründung der Bundesrepublik Deutschland

§ 3 Der staatsangehörigkeitsrechtliche Dualismus Reich – Land in seiner Entwicklung bis zum Norddeutschen Bund	31
1. Das alte Reich	31
2. Der Deutsche Bund	33
3. Die Frankfurter Nationalversammlung	34
§ 4 Bundes- und Gliedstaatsangehörigkeit im Norddeutschen Bund	34
1. Die Verfassung des Norddeutschen Bundes und das Gesetz über die Erwerbung und den Verlust der Bundes- und Staatsangehörigkeit von 1870	35
2. Bundesangehörigkeit, Gliedstaatsangehörigkeit und Vermittlungsprinzip nach dem Staatsangehörigkeitsgesetz von 1870	37
3. Die staatsangehörigkeitsrechtliche Zuordnung zum Bund und den Gliedstaaten im zeitgenössischen Schrifttum	38

§ 5 Reichs- und Staatsangehörigkeit im Kaiserreich	39
1. Die Entwicklung der Staatsangehörigkeit im Kaiserreich	39
2. Das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz (RuStAG) vom 22. Juli 1913	42
§ 6 Reichs- und Landesangehörigkeit in der Weimarer Republik	44
§ 7 Die deutsche Staatsangehörigkeit in der Zeit des Nationalsozialismus	45
§ 8 Deutsche Staatsangehörigkeit und Landesangehörigkeiten im Nachkriegs- deutschland bis 1949	47
1. Fortbestehen der deutschen Staatsangehörigkeit?	47
2. Staatsangehörigkeitsregelungen in den Landesverfassungen	48
a) Die Regelungen im einzelnen	48
b) Die Rechtmäßigkeit der Regelungen über die Staatsangehörigkeit in den Ländern	50
Zusammenfassung der Ergebnisse des zweiten Teils	52

Dritter Teil

Die Bundesangehörigkeit nach dem Grundgesetz

Erster Abschnitt

Die Bundesangehörigkeit als unregelte Staatsangehörigkeit

§ 9 Die Bundesangehörigkeit in den Vorarbeiten zum Grundgesetz	53
1. Die Diskussionen des Verfassungskonventes auf Herrenchiemsee	53
2. Die Beratungen des Parlamentarischen Rates	54
a) Artikel 11 GG	54
b) Artikel 16 Abs. 1 GG	56
c) Artikel 33 Abs. 1 GG	58
d) Artikel 73 Ziff. 2 und 74 Ziff. 8 GG	59
e) Artikel 116 Abs. 1 GG	61
3. Auswertung des entstehungsgeschichtlichen Befundes	61
§ 10 Die Bundesrepublik Deutschland als Zuordnungssubjekt der Bundesangehö- rigkeit	62
§ 11 Bundesangehörigkeit und deutsche Staatsangehörigkeit nach dem RuStAG ..	64
1. Der deutschlandrechtliche Bezug der Bundesangehörigkeit	64
2. Die Bundesangehörigkeit im Licht der Deutschlandtheorien	65
a) Untergangstheorien: Erwerb und Verlust der Bundesangehörigkeit nach dem RuStAG	66
aa) Debellation	66
bb) Dismembration	67

Inhaltsverzeichnis	9
b) Identitätstheorien	68
aa) Modifizierte Staatskerntheorie: Die deutsche Staatsangehörigkeit nach dem RuStAG und die unregelte Bundesangehörigkeit	69
bb) Schrumpfstaat nach abgeschlossener Sezession: Die auf die Bundesangehörigkeit reduzierte deutsche Staatsangehörigkeit nach dem RuStAG	70
c) Teilordnungslehre: Die geregelte Bundesangehörigkeit unter der ruhenden deutschen Staatsangehörigkeit	72
d) Dualistisches Modell: Gesamthandsähnliche Regelung der deutschen Staatsangehörigkeit und unregelte Bundesangehörigkeit	73
3. Das Deutschlandbild des Bundesverfassungsgerichts	74
a) Das Grundlagenvertragsurteil	75
b) Der Teso-Beschluß	77
4. Eigene Stellungnahme	78
Zwischenergebnis	82

Zweiter Abschnitt

Die Bundesangehörigkeit als regelbare Staatsangehörigkeit

	82
§ 12 Die Regelungsbefugnis nach Art. 73 Ziff. 2 GG	82
1. Der Wortsinn der Norm	83
2. Der Bedeutungszusammenhang mit Art. 16 Abs. 1 und Art. 116 GG	83
3. Die Zwecke und Normvorstellungen des Verfassungsgebers	86
4. Auslegungsergebnis	88
§ 13 Die verfassungsrechtlichen Vorgaben für die gesetzliche Regelung der Bundesangehörigkeit	88
1. Das Einheitswahrungsgebot der Präambel	88
a) Die Einheitlichkeit des deutschen Staatsvolkes	89
b) Einheitliches deutsches Staatsvolk und Bundesangehörigkeit	90
2. Das Grundrecht aus Art. 16 Abs. 1 GG	91
a) Art. 16 Abs. 1 GG als Abwehrrecht	92
b) Die objektivrechtlichen Funktionen des Art. 16 Abs. 1 GG	93
§ 14 Die völkerrechtlichen Vorgaben für die gesetzliche Regelung der Bundesangehörigkeit	96
1. Mißbrauchsverbot	97
2. Tatsächliche Nähebeziehung (genuine connection) zur Bundesrepublik	97
a) Die Maßgeblichkeit des Wohnsitzprinzips für die Erstbestimmung der Bundesangehörigen	97
b) Anschließender Erwerb aufgrund einer tatsächlichen Nähebeziehung (genuine connection)	100

§ 15	Besatzungsrechtliche Vorgaben in West-Berlin	100
1.	Bundesangehörigkeit kraft bestehender Bindungen	101
a)	Staatsangehörigkeitsrechtliche Problemstellung	101
b)	Der Besatzungsstatus in West-Berlin	102
c)	Die bestehenden Bindungen zur Bundesrepublik	102
d)	Die Bedeutung der bestehenden Bindungen für die Bundesangehörigkeit	105
2.	Probleme der Transformation eines Gesetzes über die Bundesangehörigkeit	108
a)	Die Aufhebungskompetenz der Alliierten Kommandantur	108
b)	Der Verzicht auf Einwände in Staatsangehörigkeitssachen	108
c)	Rechtserhebliches Vorverhalten der Westmächte bei der Überleitung des Staatsbürgerschaftsgesetzes der DDR nach Ost-Berlin	110
§ 16	Auswirkungen der Vorgaben auf die Gesetzesgestaltung	112
1.	Zusammenfassender Überblick	112
2.	Erwerb und Verlust der Bundesangehörigkeit	113
3.	Verhältnis deutsche Staatsangehörigkeit – Bundesangehörigkeit	115
	Zwischenergebnis	116

Dritter Abschnitt

Der Anwendungsbereich der Bundesangehörigkeit 117

§ 17	Die Bundesangehörigkeit als Fundament im Verfassungsrecht	117
1.	Der Begriff des Deutschen in Art. 116 Abs. 1 GG	118
2.	Reduzierbarkeit des Deutschenbegriffs i. S. d. Art. 116 Abs. 1 GG auf den Bundesangehörigen (Bundesdeutschen)	121
a)	Der gegenwärtige Meinungsstand zur Bedeutung des Gesetzesvorbehalts in Art. 116 Abs. 1 GG	121
aa)	Umfassende Dispositionsbefugnis	121
bb)	Einschränkende verfassungssystematische Interpretation	122
(1)	Kernbereichsschutz für den Begriff des Deutschen (Art. 19 Abs. 2 GG)	122
(2)	Bestandsschutz für den Anwendungsbereich der deutschen Staatsangehörigkeit (Art. 16 Abs. 1 GG)	123
b)	Kritische Überprüfung und Einbeziehung weiterer Auslegungskriterien	123
aa)	Methodische Kritik	123
bb)	Normvorstellungen des Verfassungsgebers	124
cc)	Verfassungssystematischer Zusammenhang mit Art. 73 Ziff. 2 GG	125
dd)	Auslegungsergebnis	126

Inhaltsverzeichnis	11
§ 18 Bundesangehörigkeit und Gleichheitssatz	127
1. Zur Anwendung des Gleichheitssatzes	127
2. Bundesangehörigkeit und staatsbürgerliche Rechte	129
3. Bundesangehörigkeit und Deutschengrundrechte	130
Zusammenfassung der Ergebnisse des dritten Teils	133

Vierter Teil

Die Landesangehörigkeit nach dem Grundgesetz

Erster Abschnitt

Die Landesangehörigkeit als unregelte Staatsangehörigkeit 135

§ 19 Die Landesangehörigkeit in den Vorarbeiten zum Grundgesetz	135
§ 20 Die Bundesländer als Zuordnungssubjekte der Landesangehörigkeit	137
1. Staatlichkeit der Bundesländer und Landesangehörigkeit	137
2. Landesangehörigkeit und Landesangehörigkeitsgesetz	139
Zwischenergebnis	140

Zweiter Abschnitt

Die Landesangehörigkeit als regelbare Staatsangehörigkeit 140

§ 21 Die Regelungsbefugnis nach Art. 74 Ziff. 8 GG unter besonderer Berücksichtigung des Art. 6 Abs. 3 BayVerf	140
1. Die „Staatsangehörigkeit in den Ländern“ als Gegenstand der konkurrierenden Gesetzgebung	140
2. Das Verhältnis der Art. 74 Ziff. 8, 72 GG zu Art. 6 Abs. 3 BayVerf ...	141
3. Art. 6 BayVerf: Verbindlicher Verfassungsauftrag oder unverbindliche Verfassungserwartung?	141
§ 22 Der rechtliche Rahmen für die gesetzliche Regelung der Landesangehörigkeit	145
1. Regelungsvorgaben aus dem Grundgesetz	146
a) Personale Homogenität als Grundvoraussetzung des Bundesstaates gem. Art. 20 Abs. 1 GG	146
b) Das Wiedervereinigungsgebot der Präambel	148
c) Art. 16 Abs. 1 GG als institutionelle Garantie	149
d) Staatsbürgerliche Gleichstellung nach Art. 33 Abs. 1 GG	149
e) Zuständigkeitsbegrenzungen nach Art. 73 Ziff. 2 GG	152
2. Anwendbarkeit völkerrechtlicher Vorgaben?	153
Zwischenergebnis	155

Dritter Abschnitt

Der Anwendungsbereich der Landesangehörigkeit 156

§ 23 Die rechtliche Bedeutung der Landesangehörigkeit auf dem Hintergrund des Art. 33 Abs. 1 GG	156
1. Möglichkeiten landesangehörigkeitsrechtlicher Differenzierungen	157
2. Die Sperrwirkung des Art. 33 Abs. 1 GG	158
a) Der Umfang der Gleichstellung	158
b) Der territoriale Bezug der Gleichstellung	160
3. Ergebnis	161
Zusammenfassung der Ergebnisse des vierten Teils	161

*Fünfter Teil***Rechtspolitische Konsequenzen im Hinblick
auf das deutsch-deutsche Staatsangehörigkeitsrecht**

§ 24 Die Staatsangehörigkeitsfrage in den gegenseitigen Beziehungen	163
1. Der Standpunkt der Bundesrepublik	163
2. Der Standpunkt der DDR	165
§ 25 Reaktivierung der Landesangehörigkeiten?	166
1. Das Länder-Modell v. Morrs	167
2. Kritische Würdigung	168
§ 26 Aktivierung der Bundesangehörigkeit?	170
1. Die „britische Lösung“ Meessens	170
2. Kritische Würdigung	172
3. Eigener Regelungsvorschlag	175
Zusammenfassung der Ergebnisse	181

Literaturverzeichnis	184
-----------------------------------	------------

Abkürzungsverzeichnis

a.	= auch
a. A.	= anderer Ansicht
Abs.	= Absatz
AJIL	= The American Journal of International Law (Zeitschrift)
allg.	= allgemein
Amtsbl.	= Amtsblatt
Anm.	= Anmerkung
AöR	= Archiv des öffentlichen Rechts
Art.	= Artikel
BayGBL.	= Bayerisches Gesetzblatt
BayVBl.	= Bayerische Verwaltungsblätter
BayVerf	= Verfassung des Freistaates Bayern
BayVerfGH	= Bayerischer Verfassungsgerichtshof
BayVGH	= Bayerischer Verwaltungsgerichtshof
Bd./-bd.	= Band/-band
BGBL.	= Bundesgesetzblatt
BGH	= Bundesgerichtshof
BGHZ	= Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen, amtliche Sammlung
BVerfG	= Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	= Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, amtliche Sammlung
BVerwG	= Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	= Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts, amtliche Sammlung
bzgl.	= bezüglich
CDU	= Christlich-Demokratische Union (Deutschlands)
CSU	= Christlich-Soziale Union
DA	= Deutschland Archiv
DDR	= Deutsche Demokratische Republik
dems.	= demselben
dens.	= denselben
ders.	= derselbe
d. h.	= das heißt
dies.	= dieselben
Diss.	= Dissertation
DJZ	= Deutsche Juristenzeitung
DÖV	= Die Öffentliche Verwaltung
DP	= Deutsche Partei
DVBl.	= Deutsches Verwaltungsblatt

EA	= Europa-Archiv
ebd.	= ebenda
Einl.	= Einleitung
FDP	= Freie Demokratische Partei
FG	= Festgabe
FN	= Fußnote, Fußnoten
FS	= Festschrift
GBI.	= Gesetzblatt
gem.	= gemäß
GG	= Grundgesetz
GS	= Gedächtnisschrift
GVBl.	= Gesetz- und Verordnungsblatt
HA-Steno	= Parlamentarischer Rat, Verhandlungen des Hauptausschusses, Bonn, 1948/49, Bonn: Scheur (1950)
Hbd.	= Halbband
Hrsg.	= Herausgeber
hrsg.	= herausgegeben
ICJ-Reports	= International Court of Justice. Reports of Judgements, Advisory Opinions and Orders
i. d. F.	= in der Fassung
IGH	= Internationaler Gerichtshof
insbes.	= insbesondere
i. S. d.	= im Sinne des/der
i. V. m.	= in Verbindung mit
JURA	= Juristische Ausbildung (Zeitschrift)
JuS	= Juristische Schulung
JZ	= Juristenzeitung
LAG	= Landesarbeitsgericht
LG	= Landgericht
m. w. N.	= mit weiteren Nachweisen
n. F./N. F.	= neue Folge/Neue Folge
NJW	= Neue Juristische Wochenschrift
Nr.	= Nummer
NVwZ	= Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
o.	= oben
OVG	= Oberverwaltungsgericht
PKV	= Paulskirchenverfassung
Rdnr.	= Randnummer
Regbl.	= Regierungsblatt
RGBI.	= Reichsgesetzblatt
ROW	= Recht in Ost und West
RuStAG	= Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz von 1913
S.	= Seite
s.	= siehe
SPD	= Sozialdemokratische Partei Deutschlands

StBG	= Gesetz über die Staatsbürgerschaft der Deutschen Demokratischen Republik (Staatsbürgerschaftsgesetz) von 1967
Teilbd.	= Teilband
VGH	= Verwaltungsgerichtshof
vgl.	= vergleiche
Vorbem.	= Vorbemerkung
VOBl.	= Verordnungsblatt
VVDStRL	= Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
WRV	= Weimarer Reichsverfassung
z. B.	= zum Beispiel
Ziff.	= Ziffer
ZRP	= Zeitschrift für Rechtspolitik

Einleitung

Die vorliegende Untersuchung befaßt sich mit der Staatsangehörigkeit des Bundes und der Länder. Gegenstand der Arbeit ist damit ein Teilbereich aus dem deutschen Staatsangehörigkeitsrecht. Staatsangehörigkeitsfragen haben zwar im Staatsrecht der Bundesrepublik stets eine große Rolle gespielt. Im Mittelpunkt der Diskussion stand aber vor allem die Frage nach dem Weiterbestehen der übergreifenden deutschen Staatsangehörigkeit — ein Problem, welches sich vor dem Hintergrund der wechselvollen historisch-politischen Ereignisse immer wieder von neuem stellte. Bundes- und Landesangehörigkeit wurden demgegenüber — wenn überhaupt — nur peripher betrachtet. Ihre verfassungsrechtlichen Grundlagen und Grenzen sind noch immer weitgehend ungeklärt.

Die Untersuchung will dieses Anliegen unter der Fragestellung verfolgen, ob, wie und mit welcher Bedeutung die bisher zu wenig beachtete Staatsangehörigkeit des Bundes und der Länder im Rechtssystem der Bundesrepublik Anwendung finden kann. Dazu ist eine eingehende Auseinandersetzung mit den staatsangehörigkeitsrechtlichen Normen des Grundgesetzes erforderlich. In besonderer Weise trifft das auf die Art. 73 Ziff. 2 und 74 Ziff. 8 GG zu, in denen Bundes- und Landesangehörigkeit verfassungsrechtlichen Anklang gefunden haben. Im Rahmen dieser Auseinandersetzung soll vor allem das Verhältnis zur deutschen Staatsangehörigkeit geklärt werden. Mit Hilfe der dabei gewonnenen Erkenntnisse geht es ferner um die Frage, ob Bundes- und Landesangehörigkeit zur Lösung deutsch-deutscher Staatsangehörigkeitsprobleme beitragen können. Bekanntlich ist die gegenwärtige Entwicklung in den Beziehungen beider deutscher Staaten zueinander in Fragen der Staatsangehörigkeit durch entgegengesetzte Grundpositionen gekennzeichnet. Während Bundesregierung und Bundesverfassungsgericht unter Hinweis auf Art. 16 Abs. 1 und 116 GG an der einheitlichen deutschen Staatsangehörigkeit festhalten¹, sieht die DDR darin einen Affront gegen ihre Staatlichkeit und fordert die Änderung des bundesdeutschen Staatsangehörigkeitsrechts².

Der Gang der Arbeit ist folgender: Um die Untersuchung auf ein sicheres Fundament zu stützen, werden zunächst die wesentlichen Grundlagen der Staatsangehörigkeit erörtert (Erster Teil). Danach sollen die historischen Entwicklungs-

¹ Jetzt besonders deutlich — auch zum Standpunkt der Bundesregierung — der Beschluß des Bundesverfassungsgerichts im Fall Teso, BVerfG JZ 43 (1988), S. 144 (146 ff.) = DVBl. 103 (1988), S. 279 (281 ff.).

² s. dazu insb. die Geraer Forderungen des DDR-Staatsratsvorsitzenden *Honecker*, abgedr. im Zentralorgan Neues Deutschland vom 14. 10. 1980, S. 4.

tendenzen der Staatsangehörigkeiten in Deutschland aufgezeigt werden (zweiter Teil). Im Anschluß daran stehen die rechtlichen Grundlagen und Grenzen der Bundesangehörigkeit im Vordergrund der Betrachtung (Dritter Teil). In diesem Zusammenhang wird zunächst der gegenwärtige Zustand der Bundesangehörigkeit analysiert und das Verhältnis zur deutschen Staatsangehörigkeit erörtert. In einem weiteren Schritt soll der gesetzgeberische Gestaltungsspielraum über die Bundesangehörigkeit im Hinblick auf Art. 73 Ziff. 2 GG herausgestellt werden. Auf diesen Grundlagen ist dann nach der möglichen Bedeutung der Bundesangehörigkeit in der Rechtsordnung der Bundesrepublik zu fragen. Im Rahmen dieser Erörterungen sollen auch völker- und besatzungsrechtliche Aspekte angemessen Berücksichtigung finden. Daran anschließend wird die Landesangehörigkeit — parallel zur Bundesangehörigkeit — auf ihren gegenwärtigen rechtlichen Zustand, ihre Regelungsmöglichkeit nach Art. 74 Ziff. 8 GG sowie auf ihren möglichen Anwendungsbereich untersucht (Vierter Teil). Auf dem Hintergrund der gewonnenen Erkenntnisse sind schließlich die rechtspolitischen Konsequenzen einer Aktivierung der Bundes- und Landesangehörigkeit im Hinblick auf das deutsch-deutsche Staatsangehörigkeitsrecht zu ziehen (Fünfter Teil). In diesem Zusammenhang setzt sich die Arbeit mit verschiedenen Gestaltungsmodellen auseinander. Eine Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse schließt die Betrachtung ab.

Erster Teil

Begriffliche und strukturelle Grundlagen der Staatsangehörigkeit

Wer sich der rechtlichen Analyse der Bundes- und Landesangehörigkeit zuwendet, hat es mit der Frage der Staatsangehörigkeit zu tun, und zwar auf verschiedenen Ebenen der Staatlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland. Um dieses Vorhaben auf eine tragfähige Grundlage zu stellen, erweist es sich als erforderlich, zunächst den Begriff und die rechtliche Struktur der Staatsangehörigkeit zu bestimmen. Obwohl diesem Rechtsinstitut in den Rechtsordnungen fast aller Staaten die Bedeutung einer wichtigen „Weiche“ zukommt, die zwischen den Angehörigen und den Fremden unterscheidet und von dieser Differenzierung erhebliche Rechtsfolgen abhängig macht¹, ist die rechtliche Qualifizierung der Staatsangehörigkeit nicht unumstritten. Die Klärung des Begriffs führt in die Grundlagen des Staatsrechts, die sich mit der Entstehung und den existentiellen Voraussetzungen des Staatswesens auseinandersetzen.

§ 1 Das Verhältnis von Staat, Staatsvolk und Staatsangehörigkeit

1. Staatsangehörigkeit und Staat

Ausgangspunkt für die nähere rechtliche Betrachtung der Staatsangehörigkeit muß die bereits vom Wortlaut her nahegelegte Erkenntnis sein, daß die Staatsangehörigkeit untrennbar mit dem Staat verbunden ist². Die Staatsangehörigkeit ordnet zu. Subjekte der Zuordnung sind der Staat und die einzelne natürliche Person³. Der Wegfall des Zuordnungssubjekts Staat führt zwangsweise auch zum Wegfall der Zuordnung selbst⁴. Ohne Staat kann es deshalb keine Angehör-

¹ Grundlegend zur Staatsangehörigkeit immer noch *Makarov*, Alexander N., *Allgemeine Lehren des Staatsangehörigkeitsrechts*, 2. Auflage, Stuttgart 1962, hier S. 1; s. ferner *Grawert*, Rolf, *Staatsangehörigkeit und Staatsbürgerschaft*, *Der Staat* 23 (1984), S. 179 - 204 (182) u. v. *Mangoldt*, Hans, *Anerkennung der Staatsangehörigkeit und effektive Staatsangehörigkeit natürlicher Personen im Völkerrecht und im Internationalen Privatrecht*, in: *Berichte der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht*, Heft 29 (1988), S. 37 - 97 (40).

² *Makarov*, ebd., S. 31; *Böckenförde*, Ernst-Wolfgang, *Die Teilung Deutschlands und die deutsche Staatsangehörigkeit*, *FG C. Schmitt*, Zweiter Teilbd., Berlin 1968, S. 423 - 463 (430); *Grawert*, ebd., S. 179 (183).

³ *Geiger*, Rudolf, *Grundgesetz und Völkerrecht*, München 1985, § 56 I (S. 269); zur historischen Entwicklung der Einzelbezogenheiten s. *Grawert*, Rolf, *Staat und Staatsangehörigkeit*, Berlin 1973, S. 217.